

Energiewende

Windkraft-Pläne im Amberggau: Stadt ringt wegen Mini-Grundstück mit sich, Bürgerinitiative gegründet

Bockenem - Kann die Stadt die Zahl der Windräder an der Harplage reduzieren, wenn sie ein kleines Areal nicht beisteuert – oder schadet sie sich damit nur finanziell? Und: Die BI hat sich formiert und formuliert klare Ziele.

von HAZ-

Redaktion |

Veröffentlicht

am: 22. Feb

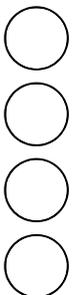
2024 - 17:27

Uhr |

📖 3 Min.



Blick über das geplante Windpark-Areal mit einer Hecke, die der Stadt Bockenem gehört. Foto: Michael Vollmer



Bockenem - Meist sind die Sitzungen des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaftsförderung der Stadt Bockenem nicht gut besucht. Es sei denn, es steht wie aktuell das Thema Windkraft auf der Tagesordnung. So verfolgten etwa 30 Bürgerinnen und Bürger die Beratungen.

Hauptthema: Stellt die Stadt selbst für einen geplanten großen Windpark an der Harplage bei Hary und Störy ein ihr gehörendes Grundstück zur Verfügung oder nicht? Und hat das überhaupt praktische oder nur symbolische Bedeutung?

Windrad- Standorte gibt es noch nicht

Die Firma WPD aus Bremen plant den Windpark aktuell mit zehn jeweils 285 Meter (Boden bis Rotorspitze) hohen Windrädern. Bei ersten Präsentationen war sogar von bis zu 13 Anlagen die Rede gewesen. Der Stadt Bockenheim gehören 8680 Quadratmeter der insgesamt 210 Hektar großen Fläche – also rund 0,4 Prozent des Areal. Die Firma WPD bietet der Stadt an, diese Flächen gegen ein jährliches Entgelt von rund 7500 Euro in den

Windpark ein-
zubeziehen.

In der
Einwohnerfragestunde
äußerten die
Besucher der Sitzung
große Vorbehalte.
Mehrfach wurde
bemängelt, dass die
Stadt keine
maßstabsgerechte
Karte vorlege, auf der
die Abstände zu den
Dörfern oder
Standorte der
Anlagen ersichtlich
sind. „Es gibt noch
gar keinen Antrag auf
Genehmigung und
somit auch keine
genauere Karte“,
erklärte
Bürgermeister Rainer
Block.

Signalwirkung?

In einer weiteren
Frage ging es um den
Abstand der Anlagen
zu den Dörfern. Der

Investor werde eine Distanz von 1000 Metern einhalten, obwohl derzeit gesetzlich nur 750 Meter vorgeschrieben sind, berichtete die Verwaltung. Darauf hätten die Eigentümer der Flächen gedrängt. Bürgermeister Block sagte, er selbst glaube nicht daran, dass tatsächlich wie von verschiedenen Firmen geplant insgesamt knapp 60 Anlagen im Stadtgebiet realisiert werden: „Das ist ein wenig Schwarzmalerei.“ In seinem „Brandbrief“ an Niedersachsens Umweltminister Christian Meyer hatte Block indes ebenfalls diese Zahl angeführt. Es gebe viele Faktoren, die Einfluss

auf die Genehmigung hätten, so Block. Als Beispiel nannte der Verwaltungschef die Bundeswehr, die meist erst sehr spät zu möglichen Tieffluggebieten Stellung beziehe.

Bürgerinnen und Bürger, die die Windkraft-Pläne kritisch sehen, erhoffen sich von der Stadt eine Signalwirkung durch die Ablehnung eines Flächennutzungsvertrages. Block und Schrader machten deutlich, dass mit einem Anteil von 0,4 Prozent an der Gesamtfläche des Areals wohl kaum der Windpark verhindert werden könne. Selbst um eine Anlage aus den Plänen zu streichen, sei der

städtische Bereich
wohl zu klein. Damit
widersprach er der
neuen
Bürgerinitiative
„Windkraft im Am-
bergau“, die von zwei
Anlagen, die damit
verhindert werden
könnten, ausgeht.

Stadtrat muss entscheiden

Block gab zu
bedenken, dass bei
einer Ablehnung auch
kein Geld vom Inves-
tor fließe. Bei einer
Laufzeit von 25 Jahren
plus Verlängerung um
zehn Jahren müsse
die Stadt auf einen
Betrag von 262.000
Euro verzichten –
ohne aus Blocks Sicht
damit ein Windrad zu
verhindern.

„Wir können nur noch
Schadensbegrenzung
betreiben. Es ist ein

erster Schritt, um das Vorhaben zu minimieren“, erklärte dagegen

Ausschussmitglied Karl-Heinz Hodur (SPD). Es gehe nicht darum, Windkraft zu verhindern, sondern sie so verträglich wie möglich zu gestalten.

Der Ausschuss stimmte am Ende nicht über das Thema ab. Der Stadtrat entscheidet nun am 26. Februar über den Abschluss des Vertrages.

Bürgerinitiative mit klaren Zielen

Die Kritiker der massiven Windkraft-Pläne im Ambergau haben nun offiziell eine Bürgerinitiative gegründet. Die „Bürgerinitiative

Windkraft Ambergau“
hat sich allgemeine,
aber auch einige sehr
konkrete Ziele
gesetzt.
Grundsätzlich gehe
es um „die
Verhinderung des
überdimensionierten
Ausbaus mit
Windenergieanlagen
im Ambergau“ und
um den Erhalt von
Natur- und
Naherholungsgebieten.
„Wir möchten, dass
der Ausbau im
Ambergau in einem
erträglichen Maße für
Mensch und Natur
stattfindet.“ Was das
aus ihrer Sicht
erträgliche Maß ist,
haben die Initiatoren
klar definiert. So
sollen im Stadtgebiet
maximal 200 Hektar
Fläche für Windpark
zur Verfügung gestellt
werden – aktuell
sehen allein schon

die Pläne für die Harplage ein größeres Areal vor. Zum zweiten soll es auch eine Maximalfläche für die einzelnen Ortschaften geben, nämlich jeweils vier Prozent.

Sprecher der BI sind Dieter Rüdiger (Störy), Moreen und Mathias Kook (Hary) sowie Ellen Gaus und Matthias Kässens (Mahlum). Außerdem engagieren sich in unterschiedlichen Funktionen Wilhelm Limmer (Bockenem), Nina Schneider (Störy), Bernd Heinrich (Werder) und Christina Leonhardt (Schlewecke). Die beiden letzteren sollen als Mediatoren in den einzelnen Dörfern fungieren.

